

Wirtschaft und Finanzen der Habsburgermonarchie 1787–1816

MARTIN STERMITZ

Um deine Ziele zu erreichen, musst du füttern.

(Herzog Wellington)¹

Alle modernen Kriege sind ein Wettstreit der Geldbeutel.

(Henry Dundas)²

Diese beiden Aussagen markieren die Achillesferse der Habsburgermonarchie in einer von kriegerischen Auseinandersetzungen gekennzeichneten, nahezu 30 Jahre andauernden Epoche. Das sich erst unter Maria Theresia langsam von einem Länderkomplex zu einem Staat formierende Habsburgerreich war von seiner finanziellen Ausgangssituation her eigentlich nicht in der Lage, Kriege zu führen, geschweige denn diese, sollten die Feldzüge nicht rasche Erfolge bringen, längere Zeit durchstehen zu können. Dass dieses Faktum der Staatsführung durchaus bekannt war, zeigt eine Denkschrift Stadions, der mit der Ordnung der Finanzen durch Metternich betraut zugab, dass man „1792 überzeugt war, dass der Krieg in einem Feldzuge endigen“ würde und dass „ähnliche Illusionen bis über das Jahr 1801 fort dauerten“³. Hinzu kam noch, dass abgesehen von der finanziellen Ausgangslage die Truppen der Habsburgermonarchie im Gegensatz zum französischen Volksheer weit weniger moralisch motiviert waren, um am Schlachtfeld durchschlagend die Pläne des Kaisers und seines Hofes verwirklichen zu können. Gründe dafür lagen in der „nachjosephinischen Staatskrise“⁴, die zu offenen Revolutionen in Belgien, Galizien und Ungarn geführt hatte.

Die schlechte finanzielle Ausgangssituation am Ende des 18. Jahrhunderts lag in den zahlreichen Kriegen begründet, beginnend mit dem Spanischen Erbfolgekrieg Anfang des Jahrhunderts, den Türkenkriegen Karls VI., dem Österreichischen Erbfolgekrieg, der parallel zu den beiden Schlesischen Kriegen geführt wurde, dem Siebenjährigen Krieg, dem Bayerischen Erbfolgekrieg und schließlich dem Türkenkrieg von Joseph II., der den Kaiser indirekt durch seine auf dem Feldzug zugezogene Erkrankung das Leben kostete. Rechnet man die Kriege mit dem revolutionären Frankreich und Napoleon hinzu, dann herrschte nur in etwa 40 % der Jahre von 1700 bis 1815 Frieden.⁵ War die Staatskasse zu Regierungsantritt von Maria Theresia nicht nennenswert gefüllt, so stieg die Staatsschuld im Jahr 1756 auf 118 Mio. fl.⁶, im Jahr 1775 auf 260 Mio. fl. und schließlich im Todesjahr der Regentin 1780 auf

den Betrag von 376 Millionen Gulden kontinuierlich an⁷. Die Regierungszeit Josephs II. während der Friedensjahre kann aufgrund des bis auf das Jahr 1783⁸ kontinuierlichen Defizits⁹ aus finanzieller Sicht als zumindest durchwachsen angesehen werden, wobei sich der Türkenkrieg von 1787 bis 1790 mit Kosten von 220 Mio. fl. zu Buche schlug und das jährliche Defizit somit einen Betrag von ca. 20 Mio. fl. erreichte. Im Jahre 1791 hatte die Staatsschuld den Betrag von 406 Mio. Gulden erreicht.¹⁰ Die Schulden des Staates bestanden bis zum Jahr 1761 zur Gänze aus der noch aus älteren Zeiten bestehenden und stetig anwachsenden verzinslichen Staatsschuld, die aus in- und ausländischen Anleihen bestand. Diese wurde auch ohne die entstandenen Mehrausgaben durch die eingegangene Zinsverpflichtung ständig vermehrt, da an eine Rückzahlung während der, aber auch zwischen den Kriegszeiten nicht zu denken war. Die neue, unverzinsliche Staatsschuld nahm ihren Ausgang mit der Verordnung vom 30. Juni 1761. Hierbei wurde bestimmt, dass insgesamt 7 Mio. fl. durch die Ausgabe von Zahlungsobligationen/Coupons in der Stückelung von 25 fl. und 100 fl. flüssiggemacht werden konnten. Durch ein Patent vom 8. Mai 1762 wurde dieser Betrag um die Summe von 3 Mio. fl. auf insgesamt 10 Mio. fl. erhöht.¹¹ Diese Art der Geldmittelbeschaffung kann als Vorläufer zu den ab 15. Juni 1762 in Umlauf gekommenen Bancozetteln bezeichnet werden. Allerdings wurden die oben genannten Zahlungsobligationen/Coupons 1766 gänzlich wieder eingezogen.

Hand in Hand mit der ersten Ausgabe der Bancozettel, für deren Nominalwert das Wiener Stadtbanco für den Staat die Haftung trug, „hielt das chronische Deficit seinen Einzug in Oesterreich“¹². Dies war vor Beginn der Koalitionskriege bedingt durch die kriegerischen Unternehmungen Josephs II. und die nunmehr vorhandene Möglichkeit, sich in kürzester Zeit über die Notenpresse flüssiges Kapital zu beschaffen, um die anfallenden Kosten begleichen zu können. Zwar war ein gewisser Bedarf an Papiergeld durchaus vorhanden, aber diese positive Auswirkung der Verbreitung von Bancozetteln war nur so lange gegeben, als Papiergeld und Münze gleichwertig blieben. Durch steigende Emissionen musste das Agio allerdings immer größer werden und dies wiederum musste in weiterer Folge negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Handel haben, wobei die Folgen, wenn auch noch nicht in den ersten Jahren der Koalitionskriege, zuerst im Ausland an den Börsen spürbar wurden.

Betrag der Papiergeldumlauf vor Regierungsantritt Josephs II. 6,798 Mio. fl. und wurden mit dem Patent vom 1. Juni 1785 die alten Noten eingezogen, so wurde doch der

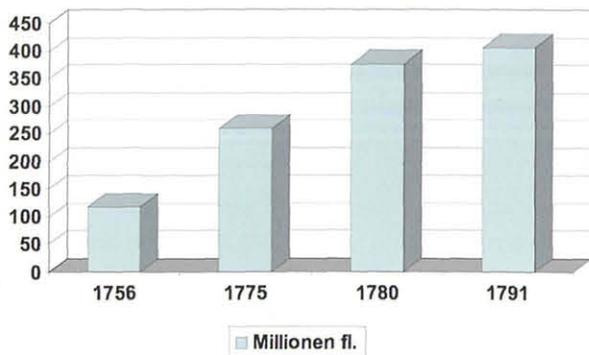


Abb. 1: Entwicklung der Staatsschuld von 1756 bis 1791. Diagramm M. Stermitz

Umlauf durch eine neue Emission auf insgesamt 20 Mio. fl. erhöht. Zum Ende der Regierungszeit Josephs II. hin betrug die gesamte Notenschuld bereits 28,06 Mio. fl.¹³ Zwar gelang es während der kurzen Regierungszeit Leopolds II., die umlaufende Summe um ca. 1,5 Mio. fl. zu vermindern, doch verhinderte die beginnende Auseinandersetzung mit dem revolutionären Frankreich eine Fortsetzung dieses eingeschlagenen Sparkurses. Im Zeitraum von 1793 bis 1798 erreichte der Umlauf der Bancozettel einen neuen Höchststand von 91,86 Mio. fl. Das gesamte Defizit des Staatshaushaltes betrug für das Jahr 1798 ca. 357 Mio. fl.¹⁴ (Abb. 1)

Somit war ein Weg beschritten worden, der eine immer höhere Emission von Bancozetteln erforderte, damit der öffentliche Geldfluss nicht ins Stocken geriet. Erste Schwierigkeiten bei der Einwechslung machten sich bereits ab 1791 bemerkbar, da die Kassen oft nicht den Anforderungen der Kunden nachkommen konnten. Drastische Mittel wie die Androhung von Strafen wurden gegen jene ergriffen, die ihre Zettel gegen bare Münze umtauschen wollten.¹⁵ Ab 1800 wurden auch kleine Nominale zu 1 und 2 Gulden ausgegeben. Im selben Jahr wurden die Bancozettel zum offiziellen Zahlungsmittel erklärt. Betroffen waren zuallererst Staatsbeamte, die nun ausschließlich mit diesem neuen Zahlungsmittel entlohnt wurden. Für den inneren Zahlungsverkehr war diese Situation des Jahres 1801 noch nicht wirklich bedrohlich. Auch war diese Entwicklung für jene, die in finanzieller Hinsicht nichts mit dem Ausland zu tun hatten, nicht erkennbar, da sich die Preissteigerungen noch im Rahmen hielten. Allerdings war das Agio im Vergleich zum Jahr 1771 von 1–2 % auf 78 % im Jahr 1802 angestiegen.¹⁶ Im Zeitraum von 1798 bis 1811 steigerte sich die Anzahl der im Umlauf befindlichen Bancozettel um 1000 %. In den Jahren von 1799 bis 1806 vermehrte sich ihre Anzahl um

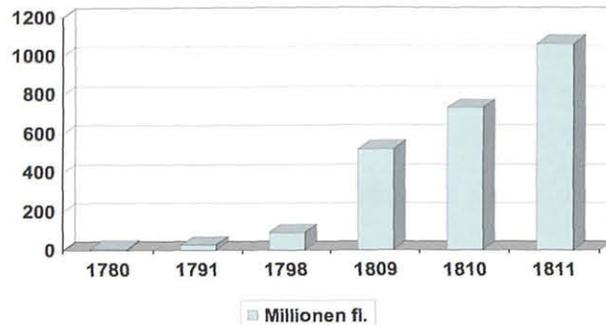


Abb. 2: Emission von Papiergeld von 1780 bis 1811. Diagramm M. Stermitz

durchschnittlich ca. 50 Mio. fl. pro Jahr, wobei die Jahre 1803 und 1804 eine Ausnahme bildeten¹⁷, da es in dieser kurzen Periode nur zu einer ganz geringen Steigerung bzw. zu einer Stagnation kam. Im Gegensatz zu den Beamten zählten Fabrikanten, Handwerker und Bauern sowie Immobilienbesitzer, sofern auf ihren Liegenschaften Schulden lasteten, da sie den Kredit nun nicht mit harter Münze, sondern mit den immer weiter verfallenden Bancozetteln begleichen konnten, zu den Gewinnern dieser Entwicklung.¹⁸ (Abb. 2)

Der endgültige, wohl als „Point of no return“ zu bezeichnende Zusammenbruch wurde dem österreichischen Finanzsystem durch die Niederlage des Jahres 1809 bereitet. Befanden sich zu Beginn des Jahres 1809 518,721 Mio. fl. im Umlauf, so stieg die Anzahl der Bancozettel 1810 auf 729,955 Mio. fl. und 1811 auf 1060,798 Mio. fl.¹⁹ Diese rasante Entwicklung wurde noch dadurch verstärkt, dass aus den durch den Frieden von Schönbrunn verlorenen zahlreichen Provinzen die Bancozettel in Massen in das Habsburgerreich zurückströmten und einen raschen Kursverfall, diesmal auch an der Wiener Börse, bewirkten²⁰. Abgesehen davon reduzierten sich die zukünftigen Steuereinnahmen durch die verlorenen Landesteile. Der direkte Weg in den Staatsbankrott war somit vorgezeichnet, wobei die enorme und noch im Steigen begriffene Summe der Bancozettel nicht alleine der anlassgebende Grund für denselbigen war. Hinzu kam noch, dass neben den Bancozetteln als weiteres „minderes“ Zahlungsmittel die Emission von Kupfermünzen mit kleinstem Nominale Schritt für Schritt parallel zur Ausgabe der Bancozettel vorangetrieben worden war. So stieg der Betrag an ausgemünztem Kupfergeld in den Jahren 1806 bis 1810 monatlich von 74,578 Mio. fl. auf einen monatlichen Ausstoß von 141,686 Mio. fl.²¹ Als dritter Faktor sind die durch die Niederlagen von 1805 und 1809 von Frankreich geforder-

ten Reparationszahlungen zu nennen. 1805 musste Österreich 8 Mio. fl.²² an Entschädigung leisten und für die Verpflegung der französischen Besatzung aufkommen, die sich wiederum mit etwas mehr als 2 Mio. fl. zu Buche schlug²³.

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, beschlagnahmten die französischen Invasoren die ständische Kasse, die Wiener Magistratskasse, das Tabakgefälle und die Bancozettelhauptkasse, die gegen den Betrag von 250.000 fl. ausgelöst werden konnten. Die benötigte Sofortzahlung wurde nach einer Aufforderung des Fürsten Liechtenstein von den Firmen Arnstein und Eskeles, Fries und Comp. und Geymüller und Comp. übernommen. Für die Erledigung der Verpflegungskosten der Besatzer wurde eine Zwangsanleihe eröffnet, da sich sowohl die Stände als auch die Stadt Wien außerstande sahen, diesen Betrag aufzubringen. Der wesentlich größere Teil der bestehenden Forderungen, jene 8 Mio. fl., wurde ebenfalls von den oben genannten drei Firmen – aufgrund einer Abmachung mit dem Hofkammerpräsidenten Karl Graf Zichy – mittels der ihnen eigenen Kreditwürdigkeit durch Wechselbriefe gedeckt²⁴.

Im Vergleich zu 1805 waren sowohl die Niederlage als auch die daraus resultierenden finanziellen Forderungen Frankreichs im Jahr 1809 wesentlich größer. Auch diesmal mussten die Stadt Wien und Niederösterreich die Verpflegung der Besatzer garantieren. Hinzu kamen allerdings die Forderungen, dass innerhalb von drei Tagen 3 Mio. fl. und innerhalb von 10 Tagen weitere 13 Mio. 750.000 fl. je zur Hälfte in Silber und in Bancozetteln fällig wären. Zur Aufbringung des Löwenanteils, der 13 Mio. 750.000 fl., wurden wiederum die Firmen Arnstein und Eskeles²⁵, Fries und Comp.²⁶ und Geymüller und Comp. sowie auch noch die Firma Steiner und Comp.²⁷ herangezogen. Als Sicherheit verpfändete der Staat Güter im Wert von 15 Mio. fl. Im Jahr 1819 waren die finanziellen Transaktionen dieser Firmen zu einem Abschluss gekommen, wobei sie sich einen Gewinn von insgesamt 1 Mio. 200.000 fl. teilen konnten²⁸. Hinzu kam noch, dass sich die gesamte Kriegsfinanzierung der Habsburgermonarchie durch die alles in allem als „durchwachsen“ zu bezeichnende Abwicklung von englischen Anleihen, Subsidien und Subventionen während der gesamten Auseinandersetzung eher schwierig gestaltete.

So hatte etwa Österreich während des ersten Koalitionskrieges bei seinem mit England am 30. August 1793 abgeschlossenen Allianzvertrag überhaupt keine Subsidienforderungen gestellt. Preußen hingegen forderte und

erhielt gemäß dem Vertrag vom 19. April 1794 150.000 Pfund monatlich für seine im Feld stehenden Truppen. Eine erste Anleihe im Mai 1794 scheiterte durch die Niederlage der Schlacht bei Tourcoing, da diese durch die Gefälle Belgiens abgesichert war. Weitere Anleihen steigerten die Staatsschuld Österreichs gegenüber England auf den Betrag von 59,5 Mio. fl.; dieser Betrag stieg bis zum Untergang Napoleons auf die Summe von 103 Mio. fl. Die kurze Dauer der Kriege 1805 und 1809 brachte es mit sich, dass die versprochenen Subsidien zum Teil gar nicht rechtzeitig eintrafen und damit eine erfolgreiche Kriegsführung von Anfang an erschwerten²⁹.

Alles in allem war man 1810 an dem Punkt angelangt, bei dem man mit kleineren Reformen oder Einschnitten nichts mehr erreichen konnte. Daher versuchte der damalige Hofkammerpräsident Graf O'Donnell in seinem Patent desselben Jahres einerseits die Anzahl der im Umlauf befindlichen Bancozettel durch Einlösungsscheine, die im Verhältnis 300 zu 100 ausgegeben werden sollten³⁰, zu reduzieren, andererseits sollten diese Einlösungsscheine durch Staatsgüter ausreichend besichert werden. Diese Versuche schlugen allerdings fehl und der Kurs sackte innerhalb zweier Monate um ca. 40 % ab. Durch den Tod des Hofkammerpräsidenten wurde zudem eine rasche Korrektur unmöglich gemacht. Seinem Nachfolger im Amt des Hofkammerpräsidenten, Grafen Wallis, blieb somit nichts anderes übrig als den Kaiser darüber zu informieren, dass der Staatsbankrott verkündet werden musste. Am 20. Februar 1811 wurde das Patent versiegelt in alle Teile des Habsburgerreiches verbracht, um es auf Anordnung zeitgleich bekannt zu geben³¹. Mit diesem Patent sollte die zu diesem Zeitpunkt mit 1.060.799 fl. bezifferte Bancozettelmenge in einem Verhältnis 1 zu 5 gegen sogenannte Einlösungsscheine umgetauscht werden³². Diese wurden als Wiener Währung bezeichnet und waren nunmehr die einzige gültige Valuta im Habsburgerreich. Bekanntermaßen scheiterte der Versuch der Geheimhaltung der geplanten Entwertung, sodass sich hochrangige Vertreter der ersten und zweiten Gesellschaft³³ ihr Vermögen durch die Tilgung ihrer Schulden mit den noch gültigen Bancozetteln und den Umtausch in eine andere Währung sichern konnten. Im Endeffekt scheiterte das Patent, da die durchgeführte Entwertung von 1 zu 5 von Anfang an zu niedrig angesetzt worden war und den Staatsgläubigern die Zinsen nur zur Hälfte in der neuen Wiener Währung ausbezahlt wurden. Der daraufhin einsetzende Kurssturz der Staatspapiere hatte in Kombination mit dem gescheiterten Entwertungspatent den Kredit des Habsburgerreiches auf lange Zeit hinaus vernichtet.³⁴

Da die Einlösungsscheine grafisch einfacher als die Bancozettel gestaltet wurden, war es für die Franzosen ein Leichtes, diese ebenso massenweise zu fälschen und in Umlauf zu bringen wie schon zuvor die Ausgaben der Bancozettel für die Jahre 1800 und 1806³⁵.

Durch den Kriegsausbruch 1813 war der Staat auf der Suche nach einer Geldquelle, über die in kurzer Zeit die Mittel für den bevorstehenden Feldzug gegen Napoleon lukriert werden konnten.

Da aufgrund kaiserlicher Patente eine Umlaufvermehrung der Einlösungsscheine ausgeschlossen war, wurden Antizipations-Scheine ausgegeben. Diese waren als eine Vorwegnahme der später eingehenden Grundsteuer gedacht und verhalfen so dem Staat zu kurzfristig höheren Einnahmen. Ihr Umlauf stieg von zuerst 45 Mio. fl. 1813 auf 470 Mio. fl. im Jahr 1816.³⁶

Nach der endgültigen Niederwerfung Napoleons und der durch den Wiener Kongress begonnenen Stabilisierung Europas musste Metternich darangehen, die nunmehr seit Jahrzehnten als desolat zu bezeichnenden Finanzen der Habsburgermonarchie zu ordnen, um die am Kongress errungenen Erfolge sichern zu können. Der Beginn dieser Neuordnung des österreichischen Staatshaushaltes wurde von Metternich bereits mit der Berufung Stadions zum Finanzminister im Jahr 1814 gesetzt, wiewohl dieser mit dem Grafen Zichy als Leiter der Sektion Finanzen im Staatsrat einen starken Gegenpol erhalten hatte und seine definitive Bestellung erst am 1. April 1816 erfolgte.

Gemeinsam mit Freiherrn von Pillersdorf und dem bereits erwähnten Großhändler Melchior Steiner erarbeitete er das Projekt einer unabhängigen Notenbank, deren Aufgabe es sein würde, dass die gegenwärtig im Umlauf befindlichen Banknoten eingezogen und durch ein neues Papiergeld ausgetauscht werden sollten, das jederzeit durch Münzgeld realisierbar war oder aber durch verzinsliche Staatsobligationen ersetzt werden konnte. Weiters hatte die Bank eine schwere Metallmünze, die zur Deckung der neuen Banknoten fungieren sollte, einzuführen. Durch die Gründung dieses Bankinstitutes musste der Staat somit die Verpflichtung eingehen, kein eigenes Papiergeld mehr drucken zu dürfen. Auf diese Art und Weise konnte die 1816 umlaufende Wiener Währung mit der Zeit durch das neue, gedeckte Papiergeld ersetzt werden und das Ziel, der Inflation ein dauerhaftes Ende zu setzen, wäre damit erfüllt gewesen³⁷.

Durch das Patent vom 1. Juni 1816 wurde die Gründung der Bank schließlich von Kaiser Franz II./I. verfügt. Allerdings gestaltete sich die Durchführung schwieriger und länger als geplant. Zunächst war das Interesse der Geschäftswelt an den aufgelegten Aktien sehr gering. Hinzu kam, dass man mit der Umwechslung der alten Währung begann, bevor noch alle Aktien der neuen Bank gezeichnet worden waren. Durch die lange Zeitspanne der staatlichen Papiergeldinflation war das Vertrauen in die neue Währung fast null. Am ersten Tag stürmten kleine und große Wirtschaftstreibende die Schalter, um für ihre alte Wiener Währung die neuen Banknoten und Staatsobligationen zu erhalten, welche sie wiederum am nächsten Tag in Metallgeld tauschten. Dies hätte fast das Ende der neugegründeten Bank bedeutet, weil sie das nötige Bargeld noch gar nicht besaß. Die Rettung kam durch eine Auslandsanleihe, die 1817 allerdings nur durch ruinöse Konditionen – man verlangte 9,5 % Zinsen – zustande gebracht werden konnte, da die vergangenen 15 Jahre den Ruf der Liquidität der Monarchie nahezu zerstört hatten. Dieser verbesserte sich zwar in den nächsten Jahren langsam, die endgültige Rettung für die Nationalbank und den österreichischen Staatshaushalt kam aber letztendlich von der Familie Rothschild. 1817 vom Kaiser auf den Vorschlag Stadions hin nobilitiert, gewährten sie der Regierung gemeinsam mit dem Bankhaus Parich aus Hamburg 1820/21 die notwendige Anleihe von ausbezahlten 55 Mio. Gulden zu 6 % Zinsen und 4 % Provision. Damit war die Nationalbank gerettet und die Wiener Währung wurde mit der Zeit aus dem Verkehr gezogen, bis sie schließlich 1858 außer Kurs gesetzt werden konnte³⁸.

Von wirtschaftlicher Seite her war die Epoche der Koalitions- und Befreiungskriege gekennzeichnet von einer Gründungswelle, die von der Kriegskonjunktur und der Inflation sowohl angetrieben als auch behindert wurde. Die Kontinentalsperre von 1806 schnitt Österreich zwar von einigen Absatz- und Einfuhrmärkten ab, allerdings konnte durch technische Innovationen und vor allem durch den im Endeffekt als protektiv zu wertenden Effekt dieser Sperre für die heimische Wirtschaft, die bis 1815 andauerte, ein positiver Nutzen gezogen werden.

Die Eisenproduktion stieg schon vor Beginn dieser Wirtschaftsbarriere zwischen 1796 und 1803 um 4,5 % und dies, obwohl durch schwedisches und englisches Eisen, welches in der Produktion wesentlich billiger als das österreichische war, schwere Einbrüche im Handel mit und über die italienischen Hafenstädte hinzunehmen waren. So verlagerte sich etwa der Handelsweg der Eisenproduktion der erfolgreichen Kärntner Gewerken Grafen Egger

vom südlichen Absatzgebiet Italiens nach Norden, wo über Wien, Prag, Pest und Salzburg neue, ebenso ertragreiche Absatzgebiete erschlossen werden konnten³⁹.

Gleiches galt für die Textilindustrie, wo es durch die Aufgabe der Gewerbebeschränkung am Land im Jahr 1807 und in Wien 1809 zu ersten Fabriksgründungen kam. An bekannten Vertretern dieser Sparte seien die Fabriksgründer Johann Josef Leitenberger, Koppelman Porges, die Brüder Epstein, Fürst Auersberg, John Thornton und Josef Danhauser genannt.

Weniger die Kontinentalsperre als die Wirren der Französischen Revolution selbst waren der Auslöser für den Erfolg der Wiener Seidenindustrie. Die von Joseph Fouché exekutierte Zerstörung der Industriestadt Lyon 1793 hatte den Wiener Betrieben den größten kontinentalen Konkurrenten vom Hals geschafft. Die Firmen der Brüder Hornbostel, Codesca, Malfatti und Geramp, die in Gumpendorf und Penzing ihren Sitz hatten, konnten danach ihre Geschäfte ausweiten, wobei sie zu Wege brachten, den durch die Inflation bedingten Anstieg des Rohseidenpreises zu überstehen, um ab 1813, als Venetien und die Lombardei als Produzenten dieses Rohstoffes an Österreich fielen, ihren wirtschaftlichen Aufstieg zu beginnen⁴⁰.

Im Gegensatz zur Eisenindustrie erlebte die Zuckerindustrie nur eine kurze Scheinblüte, die mit der Niederlage Napoleons 1815 durch den wieder auf den europäischen

Kontinent strömenden Kolonialzucker gemeinsam mit der Zuckerrübe ihr Waterloo erlebte. Die von der Ackerbaugesellschaft in Klagenfurt und der ökonomisch-patriotischen Gesellschaft in Prag forcierten Experimente zur Gewinnung von Zucker aus Fruchtsirup und Rüben fanden dadurch noch vor der Erreichung wirtschaftlicher Erträge ein jähes Ende⁴¹.

Die großen Gewinner dieser Epoche waren auf jeden Fall die im Zusammenhang mit den an die Franzosen zu leistenden Kontributionszahlungen bereits genannten Großhändler Arnstein und Eskeles, Fries und Comp., Geymüller und Comp. sowie die Firma Steiner und Comp., welche während dieser Zeit den Grundstein ihres wirtschaftlichen Erfolges legten und in weiterer Folge Bankhäuser gründeten.

Daneben wurden in der Zeit von 1787 bis 1816 insgesamt neun Großunternehmen gegründet, die zum Teil bis heute existieren⁴². Von diesen war die Firma Neuner in Klagenfurt wohl das für Kärnten prominenteste und langlebigste Unternehmen.

Anschrift des Verfassers

Mag. Martin Stermitz

Landesmuseum Kärnten

Museumgasse 2, A-9021 Klagenfurt

martin.stermitz@landesmuseum-ktn.at

ANMERKUNGEN

- 1 Zit. nach: Niall Ferguson, Die Geschichte der Rothschilds. Prophezen des Geldes. Bd. I (Stuttgart/München 2002), 109.
- 2 Zit. nach: ebd. Anm.: Henry Dundas, 28. April 1742–28. Mai 1811, war unter William Pitt Innenminister und Kriegsminister sowie Erster Lord der Admiralität zum Zeitpunkt der Schlacht von Trafalgar.
- 3 Adolf Beer, Die Finanzen Oesterreichs im XIX. Jahrhundert. Nach archivalischen Quellen (Fotomechanischer Nachdruck [d. Ausg. Prag 1877], Wien 1973), 458.
- 4 Helmut Rumppler, Eine Chance für Mitteleuropa. Bürgerliche Emanzipation und Staatsverfall in der Habsburgermonarchie. Österreichische Geschichte 1804–1914 (Wien 1997), 20 ff.
- 5 Karl Vocelka, Glanz und Untergang der höfischen Welt. Repräsentation, Reform und Reaktion im Habsburgischen Vielvölkerstaat. Österreichische Geschichte 1699–1815 (Wien 2004), 135.
- 6 Durch die 1750 mit Bayern abgeschlossene Münzkonvention wurde der Gulden mit dem Taler im Verhältnis 2:1 gleichgesetzt. Dadurch wurde bestimmt, dass 1 fl. 17 g Silber wog und dies wurde 1 fl. CM (= Conventionsmünze) gleichgesetzt; siehe dazu: Günther Probst, Österreichische Münz- und Geldgeschichte. Von den Anfängen bis 1918 (Wien/Köln/Graz 1973), 495 f.

- 7 Gustav Otruba, Englands Finanzhilfe für Österreich in den Koalitionskriegen und im Kampf gegen Napoleon. In: Österreich in Geschichte und Literatur 9 (Graz 1965), 84; Beer, Finanzen, 3.
- 8 In diesem Jahr wurde ein Überschuss von 4,5 Mio. fl. erreicht, nach: Otruba, Englands Finanzhilfe, 84; Beer nimmt hingegen für dieses Jahr einen ebenfalls defizitären Staatshaushalt an, siehe: Beer, Finanzen, 5.
- 9 In den Jahren 1784 bis 1798 betrug das Defizit im jährlichen Durchschnitt ca. 1 Mio. fl., nach: Otruba, Englands Finanzhilfe, 84.
- 10 Ebd., 85.
- 11 Beer, Finanzen, 4.
- 12 Ebd., 5.
- 13 Ebd., 5 ff.
- 14 Ebd., 7.
- 15 Rumppler, Eine Chance, 117.
- 16 Ebd.
- 17 Dies war eine direkte Auswirkung der zur Regulierung des Staatsetats getroffenen Maßnahmen, die aus einer Kombination von Einsparungen, die vor allem das Militär betrafen, Steuererhöhungen, wie etwa des Stempelgefälles und der Verzehrungssteuer auf Ess-

- waren, sowie der Einführung neuer Steuern bestanden. An neuen Steuern wurde nach dem Frieden von Lunéville zum Beispiel die Schuldensteuer eingeführt. Nach: Beer, Finanzen, 10.
- 18 Rumpler, Eine Chance, 121.
 - 19 Beer, Finanzen, 8.
 - 20 Rudolf Granichstaeden-Cerva, Die Wiener Börse und ihre Geschichte (Wien 1927), 3 ff.
 - 21 Beer, Finanzen, 392–393, Anhang II. Anm.: Wohl konnten aus den Prägungen sowohl für Silber- als auch für Kupfergeld verhältnismäßig hohe Gewinne erzielt werden, ca. 70 Mio. fl. aus der um 50 % schlechteren Silberausprägung und ca. 40 Mio. fl. aus der Kupferemission, allerdings waren auch diese Gewinne im Vergleich zu den enormen Kosten, die durch die Niederlagen entstanden waren, nur ein Tropfen auf den heißen Stein; nach: Otruba, Englands Finanzhilfe, 85.
 - 22 Für diese Summe konnten im Wien des Jahres 1806 32.000 t Rindfleisch oder 533.333 t Kartoffel oder 390.244 hl Wein gekauft werden; siehe dazu: Vera Mühlpeck/Roman Sandgruber/Hannelore Woitek, Index der Verbraucherpreise 1800 bis 1914. Eine Rückberechnung für Wien und den Gebietsstand des heutigen Österreich. In: Geschichte und Ergebnisse der zentralen amtlichen Statistik in Österreich 1829–1979. Tabellenanhang (Wien 1979), 125 ff.
 - 23 Karl August Schimmer, Die französische Invasion in Österreich und die Franzosen in Wien in den Jahren 1805 und 1809. Nach den besten und verlässlichsten Quellen bearbeitet (Wien 1854), 33; zit. nach: Lucia Welzl, Die Familie Geymüller. Über die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation Österreichs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und die Bedeutung der Familie Geymüller in dieser Zeit (Diss. Wien 1989), 25, Anm. 33.
 - 24 Welzl, Die Familie Geymüller, 25 ff.
 - 25 Siehe dazu: Franz Putz, Die österreichische Wirtschaftsaristokratie von 1815 bis 1859 (Diss. Wien 1975), 99 u. 368; sowie Hilde Spiel, Fanny von Arnstein oder die Emanzipation. Ein Frauenleben an der Zeitenwende (Wien 1962), 4 ff.
 - 26 Siehe weiters: Herbert Matis, Die Grafen Fries. Aufstieg und Untergang einer Unternehmerfamilie. In: Tradition, Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie, Jg. 12 (München 1967), Heft 1, 484 ff.; Hans Leo Mikoletzky, Schweizer Händler und Bankiers in Österreich, vom 17. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. In: Österreich und Europa. Festgabe für Hugo Hantsch zum 70. Geburtstag (Graz/Wien/Köln 1965), 169 f. und August Fries, Die Grafen von Fries. Eine genealogische Studie (Dresden 1903), 59 ff.
 - 27 Siehe weiters: Mikoletzky, Schweizer Händler, 160 ff. Anm.: Das Bankhaus Rothschild spielte während der Koalitions- und Freiheitskriege bei der Finanzierung und Geldbeschaffung für den Habsburgerstaat eine noch bescheidene Rolle. Erst ab den Jahren 1816/17 wurden erste Beziehungen geknüpft, die 1817 zur Nobilitierung und 1819/20 zur Übersiedelung von Salomon Mayer Rothschild nach Wien führten; siehe dazu: Otruba, Englands Finanzhilfe, 95 ff.; Welzl, Die Familie Geymüller, 39; sowie Ferguson, Geschichte der Rothschilds, Bd. I, 119 ff.
 - 28 Welzl, Die Familie Geymüller, 29 ff.
 - 29 Otruba, Englands Finanzhilfe, 88 ff.
 - 30 Welzl, Die Familie Geymüller, 88.
 - 31 Rumpler, Eine Chance, 123. Im Gegensatz dazu gibt Welzl in ihrer Arbeit als Veröffentlichungszeitpunkt den 15. März an, wobei unklar bleibt, ob dies nur geplant oder ihrer Ansicht nach tatsächlich zu diesem Datum verkündet wurde; so bei: Welzl, Die Familie Geymüller, 88.
 - 32 Welzl, Die Familie Geymüller, 101.
 - 33 Zu nennen sind hier unter anderem für die erste Gesellschaft: Erzherzogin Maria Beatrix, Kaiserin Maria Ludovica, die Grafen Chotek und Fürst Liechtenstein; siehe dazu Rumpler, Eine Chance, 124. Zu den Vertretern der zweiten Gesellschaft, die von der geplanten Entwertung informiert waren, gehörten zumindest die 4 oben erwähnten Handelshäuser, die dem Staat bei der Abwicklung der französischen Forderungen 1805 und 1809 geholfen hatten.
 - 34 Rumpler, Eine Chance, 124.
 - 35 Willibald Kranister, Die Geldmacher. Vom Gulden zum Schilling (Wien 1985), 68.
 - 36 Kranister, Die Geldmacher, 68.
 - 37 Welzl, Die Familie Geymüller, 106 ff.; sowie Rumpler, Eine Chance, 147 ff.
 - 38 Rumpler, Eine Chance, 150.
 - 39 Martin Stermitz, Die Grafen Egger 1648–1908. Eine Familiengeschichte (Diplomarbeit Klagenfurt 2005), Anhang I und II, 128 ff.
 - 40 Rumpler, Eine Chance, 120.
 - 41 Ebd.
 - 42 Franz Mathis, Big Business in Österreich. Österreichische Großunternehmen in Kurzdarstellungen (Wien 1987), Tabelle I, 372 ff.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Rudolfinum- Jahrbuch des Landesmuseums für Kärnten](#)

Jahr/Year: 2008

Band/Volume: [2006](#)

Autor(en)/Author(s): Stermitz Martin

Artikel/Article: [Wirtschaft und Finanzen der Habsburgermonarchie 1787-1816. 111-116](#)